



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 21. Dezember 2012 (08.01)
(OR. en)**

14254/12

**COPEN 211
EJN 71
EUROJUST 88**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jan Store, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union
Empfänger:	Herr Rafael Fernández-Pita y González, Generaldirektor, Rat der Europäischen Union
Eingangsdatum:	30. November 2012
Betr.:	Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft - Mitteilung über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates durch Finnland

Die Ständige Vertretung Finnlands legt hiermit die Mitteilung Finnlands über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2009/829/JI und die hierzu erlassenen Rechtsvorschriften vor.

(Schlussformel)

gez. Jan Store

JUSTIZMINISTERIUM

Abteilung für Rechtsetzung

22.11.2012

OM 15/41/2010

EU/2006/1311

Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union

Rue de Trèves 100

1040 Brüssel

Belgien

**RAHMENBESCHLUSS 2009/829/JI DES RATES ÜBER DIE ANWENDUNG – ZWISCHEN
DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION – DES GRUNDSATZES DER
GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG AUF ENTSCHEIDUNGEN ÜBER
ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN ALS ALTERNATIVE ZUR
UNTERSUCHUNGSHAFT**

Das Justizministerium hat die Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union beauftragt, dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission die beigefügte Mitteilung über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2009/829/JI und die hierzu erlassenen Rechtsvorschriften zu übermitteln.

Wir bestätigen, dass die Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses am 1. Dezember 2012 in Kraft getreten sind.

Generaldirektor (Unterschrift)

Pekka Nurmi

Referentin (Unterschrift)

Sanna Mikkola

Anl.: Mitteilung Finnlands über die Umsetzung
Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses

MITTEILUNG ÜBER DIE UMSETZUNG VON EU-RECHTSVORSCHRIFTEN

Empfänger: Generalsekretariat des Rates und Kommission

Absender: Finnland

Notifizierungspflichtiger Rechtsakt: Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft

Nationale Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses

620/2012

Gesetz über die innerstaatliche Umsetzung von Rechtsvorschriften im Regelungsbereich des Rahmenbeschlusses über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft und über die Anwendung des Rahmenbeschlusses (620/2012).

621/2012

Gesetz zur Änderung des Artikels 2 des Gesetzes zur Regelung der Übergabe zwischen Finnland und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union infolge einer Straftat (621/2012).

Umsetzung auf den Åland-Inseln

Nach Inkrafttreten der genannten innerstaatlichen Rechtsvorschriften gelten diese von Rechts wegen auch in der Provinz Åland.

1. Zuständige Behörden (Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 7 Absatz 3 des Rahmenbeschlusses)

Ist Finnland der Vollstreckungsstaat, so liegt die Zuständigkeit für die Anerkennung von Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen bei

- den Bezirksstaatsanwälten, die im Gerichtsbezirk des Amtsgerichts Helsinki tätig sind, sofern die Überwachungsmaßnahme im Zuständigkeitsbereich der Rechtsmittelgerichte Helsinki oder Kouvola durchgeführt werden soll;
- den Bezirksstaatsanwälten, die im Gerichtsbezirk des Amtsgerichts Nord-Savo tätig sind, sofern die Überwachungsmaßnahme im Zuständigkeitsbereich des Rechtsmittelgerichts Ost-Finnland durchgeführt werden soll;
- den Bezirksstaatsanwälten, die im Gerichtsbezirk des Amtsgerichts Oulu tätig sind, sofern die Überwachungsmaßnahme im Zuständigkeitsbereich des Rechtsmittelgerichts Rovaniemi durchgeführt werden soll;
- den Bezirksstaatsanwälten, die im Gerichtsbezirk des Amtsgerichts Pirkanmaa tätig sind, sofern die Überwachungsmaßnahme im Zuständigkeitsbereich der Rechtsmittelgerichte Turku oder Vaasa durchgeführt werden soll.

Jeder der vorgenannten Bezirksstaatsanwälte ist befugt, eine Entscheidung unabhängig vom jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Rechtsmittelgerichts, in dem die Überwachung durchgeführt werden soll, anzuerkennen, sofern dies für die Zwecke der Vollstreckung der Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen oder aus jeglichem anderen besonderen Grund für zweckmäßig erachtet wird.

Die über die Anerkennung entscheidende Behörde ist auch befugt, über die Anpassung der Überwachungsmaßnahme zu entscheiden.

Ist Finnland der Anordnungsstaat, so liegt die Zuständigkeit für den Erlass von Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen bei

- dem mit der betreffenden Strafsache befassten Staatsanwalt;
- dem mit dem Ersuchen um Festnahme befassten Gericht (Amtsgericht,

Rechtsmittelgericht, Oberstes Gericht).

Zentrale Behörde im Sinne von Artikel 7 des Rahmenbeschlusses ist das Justizministerium. Die Behörden anderer Mitgliedstaaten werden ersucht, sich mit Fragen bezüglich des Verfahrens nach diesem Rahmenbeschluss an ihr Justizministerium zu wenden.

2. Überwachungsmaßnahmen (Artikel 8 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses)

Als Vollstreckungsstaat überwacht Finnland lediglich die in Artikel 8 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses genannten Überwachungsmaßnahmen.

3. Übermittlung einer Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen an Finnland mit Zustimmung der zuständigen Behörden (Artikel 9 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses)

Finnland kann eine Entscheidung über Überwachungsmaßnahmen mit Zustimmung der über die Anerkennung entscheidenden Behörden akzeptieren, wenn ein Fall nach Artikel 9 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses gegeben ist oder wenn die zu überwachende Person keinen gewöhnlichen Aufenthalt in Finnland hat. Die Zustimmung kann erteilt werden, wenn die zu überwachende Person beantragt hat, dass die Überwachung in Finnland durchgeführt wird und persönliche Umstände der zu überwachenden Person oder jeglicher anderer Grund dies rechtfertigen.

4. Sprachenregelung (Artikel 24 des Rahmenbeschlusses)

Finnland akzeptiert im Einklang mit dem Rahmenbeschluss eine Kommunikation in finnischer, schwedischer und englischer Sprache. Die zuständige Behörde kann zudem einer Kommunikation in anderen Sprachen zustimmen, sofern ihrer Verwendung keine weiteren Hindernisse entgegenstehen.